



Neun Sandstürme im Irak und drei im Iran in nur fünf Wochen, Tausende von Krankenhausaufenthalten. Der Klimawandel erhöht das Risiko menschlicher und politischer Dramen.

Zoubeyr Mahy, der Vorsitzende des französisch-kurdischen Vereins in Okzitanien, hat so etwas noch nie gesehen. Gerade aus dem Irak zurückgekehrt, schaut er sich auf seinem Handy Fotos der autonomen Region Kurdistan an. Es ist schwer, die vielen im Bau befindlichen Gebäude in der kurdischen Hauptstadt Erbil zu sehen, da eine ockerfarbene Sandwolke dicht über der Stadt liegt.

„Ich habe bis zu meinem 28. Lebensjahr in Kurdistan gelebt. Ich habe in dieser Zeit nie einen Sandsturm erlebt“, erinnert sich der Unternehmer aus Albi im Departement Tarn und ist beunruhigt über die Dürre, die derzeit viele Länder der Welt, nicht nur im Nahen Osten, heimsucht.

Der Sandsturm, der am 23. und 24. Mai über Kurdistan fegte und dann auf den Iran, Saudi-Arabien und Kuwait übergriff, war der neunte innerhalb von nur fünf Wochen – neun Stürme, die 10.000 Menschen ins Krankenhaus brachten, die Behörden zwangen, die Flughäfen mehrmals zu schließen, und das Wirtschaftsleben auf Null reduzierten. Auch der französische Unternehmer Zoubeyr Mahy sass zwei Tage lang in seinem Hotel fest.

Die Abholzung der zahlreichen Palmenhaine im Süden des Irak wegen des Krieges gegen den Iran war eine fatale Entscheidung. Sie boten einen sicheren Sichtschutz für Bagdad und die Städte im Norden des Landes. Die Aktionen Ankaras sind ebenfalls sehr schädlich. Die Türkei begann schon 1989 mit dem Bau von 21 Staudämmen am Tigris und Euphrat, zwei Flüssen, deren Wassermenge damit drastisch reduziert wurde. Die Situation verschärfte sich nach 2015 und dem Abbruch eines Friedensprozesses zwischen der Türkei und den Kurden.

Am 24. Januar reduzierte die Türkei die Durchflussmenge des Euphrat von 700 auf 250m³/s.

Für Ankara ist das Wassermanagement zu einer Waffe geworden. Der Durchfluss des Euphrat fiel plötzlich von 700 auf 250 m³/s und ist seitdem nicht mehr gestiegen. Aufgrund der Dürre und der fehlenden Bewässerung werden die Erträge in Syrisch-Kurdistan, wo die Weizenernte am 25. Mai begann, auf dem niedrigsten Stand seit 50 Jahren liegen.

Dasselbe gilt für den Irak, wo laut Präsident Barham Saleh inzwischen „39% der Gesamtfläche des Landes von der Wüstenbildung betroffen“ sind. Kurdische Medien berichten von „75 Sandstürmen, die 2022 in Südkurdistan erwartet werden“ und greifen damit eine Vorhersage von Klimaforschern auf, die für das ganze Land bis 2040 272



Staubstürme pro Jahr und ab 2050 sogar 300 pro Jahr prognostizieren.

Südkurdistan liegt im Norden des Irak, Nordkurdistan im Süden der Türkei, Ostkurdistan bildet den Nordwesten des Iran und Westkurdistan den Norden Syriens. Die Aufteilung der Kurden, des größten staatenlosen Volkes der Welt, in vier verschiedene Länder ist das Ergebnis des am 24. Juli 1923 unterzeichneten Vertrags von Lausanne, der den Ersten Weltkrieg in Hinsicht auf das Osmanische Reich beendete.

Zu den Maßnahmen, die die Behörden zur Bekämpfung der Trockenheit und der Sandstürme empfehlen, gehört die Schaffung von Grüngürteln „als Windschutz“ um Städte in Gegenden, die von geringen Niederschlägen geprägt sind. Eine Empfehlung, die auch für die syrische Hauptstadt gelten könnte, in der es nur etwa 200 Liter pro Quadratmeter und pro Jahr regnet. Aber können sich Syrien, Irak und Iran das auch leisten?

Die durchaus berechtigte Befürchtung, dass Millionen von Klimaflüchtlingen in die gemäßigten Länder Europas strömen könnten, sollte die internationale Gemeinschaft dazu veranlassen, sich intensiv mit dem Thema zu beschäftigen. Eine nachhaltige und gerechte Nutzung der Wasserressourcen ist nicht nur der Schlüssel zu einem dauerhaften Frieden im Nahen und Mittleren Osten, sondern auch eine der Voraussetzung für das Überleben des Planeten.